



Die freiheitliche Gesellschaft bewahren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, den Politischen Islamismus bekämpfen

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Entwurf vom 15. April 2021

Der ganz überwiegende Teil der schätzungsweise etwa fünf Millionen Musliminnen und Muslimen in Deutschland lebt friedlich in unserer Gesellschaft und teilt die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wenn wir uns dem Politischen Islamismus erfolgreich entgegenstellen und ihm den Nährboden entziehen wollen, können wir das nur gemeinsam schaffen – auch indem wir uns als Demokraten, egal welchen Glaubens klar positionieren. In Deutschland herrscht Glaubens- und Religionsfreiheit. Unsere Verfassung ist religionsfreundlich ausgelegt. Daher unterscheiden wir auch klar zwischen dem Politischen Islamismus und dem Islam, und wir fühlen uns dem Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften untereinander, als auch zwischen den Glaubensgemeinschaften und dem Staat, als wichtigen Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verpflichtet.

Wir müssen allerdings auch feststellen, dass sich der islamistische Terrorismus in den letzten Monaten mit voller Wucht zurückgemeldet hat: Ein barbarischer Anschlag in Nizza am 29. Oktober 2020, bei dem mehrere Menschen zu Tode kamen, die grauenhafte Ermordung des französischen Lehrers Samuel Paty in einem Pariser Vorort am 16. Oktober 2020 und das blutige Attentat in Wien am 2. November 2020, das mehrere Menschen das Leben kostete und eine Vielzahl Schwerverletzter zurückließ. Auch Deutschland wurde erneut durch den islamistischen Terror heimgesucht, so bei einem Anschlag auf der Berliner Stadtautobahn am 18. August 2020 und bei einer Messerattacke auf ein homosexuelles Paar am 4. Oktober 2020 in Dresden. Auch hier kamen Menschen zu Tode, wurden Menschen schwer verletzt.

Zu Recht wird in jedem einzelnen Fall überprüft, was im Vorfeld dieser Attentate versäumt wurde und ob es Verbesserungspotential bei den Sicherheitsstrukturen gibt. Einige Attentäter wurden bereits von den Sicherheitsbehörden als Gefährder eingestuft und waren zuvor straffällig geworden. Die Aufarbeitung ist daher wichtig und notwendig, reicht aber bei weitem nicht aus. Islamismus beschränkt sich nicht auf eine bestimmte Anzahl gewaltbereiter Gefährder. Die dahinterstehende Ideologie ist Gift für unsere freiheitliche Gesellschaft. Sie gefährdet die Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem Musliminnen und Muslime gegen unsere Demokratie aufgehetzt werden.

Wenn in einigen deutschen Moscheen der Märtyrertod gepriesen wird, wenn sich in Berlin, Hamburg und Frankfurt Islamisten treffen, um gegen die Meinungs- und Pressefreiheit zu demonstrieren und damit Solidarität mit dem Mörder des Lehrers Paty bekunden, wenn Kinder an Berliner Schulen diesen Mord mit der Bemerkung abtun, der Lehrer habe bekommen, was er verdiene, dann können wir das nicht hinnehmen. Dazu gehört auch, offen und klar zu benennen, dass die Verbreitung von islamistisch gefärbtem Nationalismus, Hetze gegen Christen und Juden, das Bestreiten des Existenzrechts Israels und Kriegsverherrlichung schon länger zum traurigen Alltag in Deutschland gehören. Hinzu kommen Fälle von zunehmend unmittelbarem Einfluss ausländischer Regierungen auf Muslime in unserem Land, zum Teil unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und unter

Verbreitung von islamistischen und islamistisch-nationalistischen Ideen. Zu nennen ist hier beispielsweise die Einflussnahme der türkisch-rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“ bei Jugendlichen in Deutschland, die Berichterstattung an die staatliche türkische Religionsbehörde Diyanet zu vermeintlichen Gülen-Anhängern in Deutschland und die Unterstützung der türkischen Militäroperation in Nordsyrien im Januar 2018 durch DITIB. Ebenso besorgniserregend sind die Entwicklungen beim Islamischen Zentrum Hamburg (IZH), das unter Einfluss des Mullah Regimes aus Teheran steht und Propagandazentrale des schiitischen Extremismus in Deutschland ist, oder bei salafistischen Moscheevereinen, die zum Teil von Geldgebern aus dem Nahen Osten finanziert werden. Der oft mit dem Verweis auf die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit getarnte Missbrauch muslimischer Akteure und Strukturen in Deutschland durch ausländische Regierungen und islamistische Akteure muss ein Ende haben.

Die alleinige Fokussierung auf den gewaltbereiten Teil des Islamismus, den islamistischen Terrorismus, wird der Gesamtproblematik insofern nicht gerecht. Der Islamismus hat – wie auch andere Extremismen – eine ideologische Basis und es muss darum gehen, diesen ideologischen Untergrund zu erkunden. Dieser Politische Islamismus, der vordergründig gewaltfrei agiert, aber Hass, Hetze und Gewalt schürt und eine islamische Ordnung anstrebt, in der es keine Gleichberechtigung, keine Meinungs- und Religionsfreiheit und auch keine Trennung von Religion und Staat gibt, hat sich in Teilen unserer Gesellschaft breit gemacht.

Der Politische Islamismus bewirbt eine Herrschaftsordnung, die einen fundamentalen Gegenentwurf zu Demokratie, Pluralismus und individuellen Freiheitsrechten darstellt. Seine Vertreter streben die Unterwerfung von Gesellschaft, Politik, Kultur und Recht unter Normen an, die ihren islamistischen Vorstellungen entsprechen. Diese Politisierung der Religion äußert sich in einer umfassenden Reglementierung der Lebensführung von Musliminnen und Muslimen anhand der Kategorien des Erlaubten (halal) und des Verbotenen (haram). Jede Person wird nach der Unterwerfung unter die Ge- und Verbote des Islam beurteilt. Die individuelle Freiwilligkeit bleibt wegen des hohen Konformitätsdrucks auf der Strecke. Im Zentrum des Politischen Islamismus steht auch die islamistische Genderordnung mit einer umfänglichen Geschlechtertrennung, einem extremen Patriarchalismus und dem partiellen oder vollständigen Ausschluss von Frauen aus der Öffentlichkeit. Die Bekämpfung des Politischen Islamismus sind wir nicht nur unseren freiheitlich-demokratischen Idealen und Werten schuldig, sondern auch dem größten Teil der Musliminnen und Muslime in Deutschland, die diese Ideale mit uns teilen und auf ihrer Basis mit uns leben wollen. Denn es sind gerade auch liberale, säkulare Musliminnen und Muslime, die zu Opfern dieser illiberalen, antidemokratischen Ideologie werden. Besonders gefährdet sind jene, die sich öffentlich gegen den Politischen Islamismus und seine Strategien stellen. Prominente Kritiker des Politischen Islamismus wie Seyran Ates, Ahmad Mansour und Mouhanad Khorchide werden seit Jahren aus islamistischen Kreisen bedroht und können nur noch unter Polizeischutz leben. Dies ist ein unerträglicher Umstand, der nicht hinzunehmen ist.

In einigen urbanen Vierteln und Räumen in Deutschland, aber auch in vielen unserer Nachbarstaaten, wie Frankreich, Belgien und Österreich, haben sich jedoch über Jahre und Jahrzehnte hinweg islamistisch beeinflusste oder geprägte Parallelgesellschaften gebildet – oft unter Duldung der Gesellschaft aus falsch verstandener Toleranz: Führende französische Islamwissenschaftler haben zuletzt Alarm geschlagen, dass sich in Frankreich inzwischen rund 150 Kommunen in der Hand von Islamisten befinden würden. Wer sich dort als Jude oder Homosexueller zu erkennen gibt, muss um sein Leben fürchten; Frauen, die sich in der Öffentlichkeit nach westlicher Mode kleiden, müssen mit Angriffen und Beschimpfungen rechnen. Kinder und Jugendliche, die in diesen Milieus heranwachsen, sind besonders gefährdet, für Ideologien empfänglich zu sein. Die notwendige Integrationsarbeit mit den Familien ist nur schwer möglich. Eine solche Entwicklung muss in Deutschland mit allen Mitteln verhindert werden.

Derzeit fehlt es an einem umfassenden systematischen Überblick sowie der Verknüpfung des in Deutschland und Europa vorhandenen Wissens über die Aktivitäten, die personelle und finanzielle Ausstattung der in Deutschland und Europa aktiven islamistischen Gruppierungen sowie über ihre internationale Vernetzung, ihre strategischen Ziele und über die Reichweite ihrer Ideologien. Hierzulande stehen vor allem Gruppen im Fokus, die offen zu Gewalt aufrufen. Vertreter des Politischen Islamismus, die sich in Politik und Gesellschaft engagieren, werden oft als legitime Religionsvertreter und nicht als Anhänger einer extremistischen Ideologie wahrgenommen. Die bisherige Fokussierung auf gewaltbereite Gruppierungen lässt die ideologische Rechtfertigung der Gewalt aus dem Blick geraten. Diese politisch-extremistischen, nicht gewalttätigen Gruppen haben das Ziel, eine Ordnung nach ihren islamistischen Vorstellungen zu errichten, indem sie aktiv Integration verhindern, die westlichen Gesellschaften in „Gläubige“ und „Ungläubige“ spalten, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit ablehnen und muslimische Jugendliche von den westlichen Gesellschaften entfremden. Sie nutzen demokratische Strukturen, um die Demokratie auszuhöhlen und letztlich abzuschaffen.

Mit dem nachfolgenden Maßnahmenbündel wollen wir den Politischen Islamismus und die ihm zugrundeliegenden Ideologien in allen Facetten durchleuchten, an seiner Wurzel packen und nachhaltig bekämpfen:

1. Unterstützung der Grundlagenforschung zum Politischen Islamismus in Deutschland und Europa

Um das Phänomen des Politischen Islamismus und seine Ideologien in seiner Herkunft, seiner Entwicklung und seinem Umgang gesamtgesellschaftlich zu verstehen, benötigen wir wissenschaftliche Grundlagenforschung. Hierzu sind aus unserer Sicht insbesondere folgende Schritte erforderlich:

- die deutschlandweite Einrichtung einer signifikanten Anzahl von Lehrstühlen, die sich wissenschaftlich mit dem Phänomen auseinandersetzen. Zurzeit existieren keine dezidierten Lehrstühle zur Forschung über den

Politischen Islamismus in Deutschland, die sich spezifisch und interdisziplinär mit seinen ideologischen Ausprägungen, Strukturen, Vernetzungen und Finanzierungen beschäftigen. Derartige Lehrstühle sollten islam-, politik- und regionalwissenschaftliche sowie sozialwissenschaftliche Methoden und Kompetenzen verknüpfen und bündeln. Für das Verstehen der Strukturen ist eine Forschung zum Politischen Islamismus in Deutschland und Europa, ähnlich wie im Bereich Rechtsextremismus und Antisemitismus, unverzichtbar.

- die Ausstattung der praxisorientierten Ressortforschung der Bundesbehörden mit mehr finanziellen Mitteln zur Erforschung der Strukturen des Politischen Islamismus. In Forschungszentren, wie der Forschungsstelle Terrorismus / Extremismus im Bundeskriminalamt, in denen die Expertise der Sicherheitsbehörden mit akademischer Forschung verbunden wird, sollte der Politische Islamismus auch und verstärkt interdisziplinär betrachtet werden.
- die Durchführung einer breit angelegten Schulstudie über die Erfahrungen und Probleme von Lehrkräften mit islamistischen Einflüssen und Formen islamistisch motivierten Verhaltens. Mit einer wissenschaftlichen Befragung von Lehrkräften kann erforscht werden, inwiefern der Politische Islamismus Einfluss auf Kinder, Jugendliche und Heranwachsende nimmt bzw. schon genommen hat. Die Hilferufe von Lehrerinnen und Lehrern, die nicht für den Umgang mit diesem Phänomen ausgerüstet sind, brauchen politische und gesellschaftliche Unterstützung. Ziel dieser Studie sollte insbesondere sein, konkrete Instrumente und Strukturen zum Umgang mit konfrontativer Religionsausübung im schulischen Regelbetrieb zu etablieren. Auch die Auswirkungen des frühkindlichen Mangelmilieus auf spätere extremistische Einstellungen sollen untersucht werden.
- die Einrichtung einer Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus in Deutschland und Europa“. Zusätzlich zu den Beobachtungsaktivitäten der Sicherheitsbehörden bedarf es einer wissenschaftlich arbeitenden Dokumentationsstelle, die Forschungs- und Dokumentationsarbeit leistet, Veröffentlichungen, Internet-Auftritte, Anwerbungsstrategien, Selbstdarstellungen einzelner Gruppen und Akteure erfasst und die das Wirken von Personen und Gruppen aus dem Bereich des Politischen Islamismus in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik dokumentiert. Auf dieser Basis können Maßnahmen abgeleitet werden, um dem Politischen Islamismus wirksam entgegenzutreten. Eine Vernetzung und der Austausch mit vergleichbaren Institutionen, etwa in Österreich, ist dabei ausdrücklich gewünscht.
- die Einrichtung eines Expertenkreises „Politischer Islamismus in Deutschland“ im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Der Expertenkreis soll sich aus anerkannten Fachleuten unterschiedlicher

wissenschaftlicher Disziplinen für islamistische Ideologien und deren Vernetzung, Finanzierung und Strukturen zusammensetzen und auch die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den nahöstlichen und globalen Ursprungsmilieus analysieren können. Aufgabe des Expertenkreises ist es, Empfehlungen im Kampf gegen den Politischen Islamismus in Deutschland auf Grundlage der Erkenntnisse von Wissenschaft, Regionalexpertise und Sicherheitsbehörden zu erarbeiten und der Bundesregierung und dem Bundestag einmal pro Jahr zu berichten.

- eine bessere Vernetzung und ein systematischer Informationsaustausch zum Politischen Islamismus auf EU-Ebene, beispielsweise durch eine Stärkung des in Helsinki angesiedelten „European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats“.

2. Beendigung staatlicher Kooperationen und Vertragsbeziehungen mit Organisationen des Politischen Islamismus

Vereine und Verbände, die eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen und von den Verfassungsschutzämtern von Bund und Ländern beobachtet werden, können nicht gleichzeitig Partner unseres Staates sein. Islamisten muss mit gleicher Distanz und Ablehnung begegnet werden wie den politischen Extremisten von links und rechts. Künftig müssen daher sämtliche finanzielle Zuwendungen, Förderungen, Vertragsbeziehungen und Kooperationen mit islamischen Vereinen und Verbänden, die Beobachtungsgegenstand der Verfassungsschutzämter sind, in Bund und Ländern überprüft und eingestellt werden. Dies schließt gesetzliche Steuervergünstigungen im Sinne der Gemeinnützigkeit ein, wenn die Körperschaft nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt. Auszunehmen davon sind notwendige Gesprächskontakte der Regierungen und der Behörden von Bund und Ländern.

3. Imamausbildung in Deutschland

Ein Großteil der in Deutschland tätigen Imame wird aus dem Ausland entsendet. Alle staatlichen Anstrengungen müssen unter Wahrung der Religionsfreiheit und der Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften darauf ausgerichtet sein, die akademische und geistliche Ausbildung von Imamen in Deutschland vorzunehmen. Es geht darum, eine islamische Glaubenspraxis zu befördern, die sich unserem Land und unseren Werten zugehörig fühlt. Gleichzeitig ist die Finanzierung der geistlichen Ausbildung der Imame eine Angelegenheit der Religionsgemeinschaften selbst und sollte abgesehen von notwendigen Anschubfinanzierungen nicht aus staatlichen Mitteln erfolgen.

4. Finanzierung von Moscheen

Viele Moscheen und Religionsgemeinschaften erhalten Förderungen aus Drittstaaten. Grundsätzlich sind finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland nicht zu

beanstanden, solange damit keine Strukturen in Deutschland gefördert werden, die islamistischen Akteuren oder Organisationen im In- oder Ausland nahestehen oder diese unterstützen. Bislang herrscht über derartige Finanzierungsströme ungenügende Transparenz. Oftmals ist völlig unklar, wer der Geldgeber ist. Um die politische und/oder finanzielle Beeinflussung aus dem Ausland besser aufklären zu können, müssen die Kompetenzen der Verfassungsschutzbehörden in diesem Bereich erweitert werden. Insbesondere ist die Möglichkeit des Bundesamts für Verfassungsschutz nationale Ersuchen bei der Financial Intelligence Unit zu stellen, auf Fälle der Extremismusfinanzierung zu erweitern.

Zusätzlich ist zu prüfen, mit welchen verfassungskonformen Maßnahmen gewährleistet werden kann, dass Moscheegemeinden Transparenz im Hinblick auf ihre Mitgliedsstruktur und Finanzierung herstellen. Davon unabhängig ist eine Nachweispflicht für Körperschaften und Vereine einzuführen, die sich in erheblichem Umfang aus ausländischen Quellen außerhalb des EU/EWR-Raums finanzieren. Diese müssen künftig jede unmittelbare und mittelbare Finanzquelle gegenüber dem Finanzamt offenlegen und nachweisen.

5. Prävention

Die vielfältige Präventionsarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die vielschichtigen Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit der Zivilgesellschaft sollten stärker gebündelt, durch einheitliche Qualitätsstandards professionalisiert und weiterentwickelt werden. Insbesondere sollte(n):

- das „Nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus“ evaluiert und im Hinblick auf die spezifische Bedeutung des Politischen Islamismus erweitert werden;
- die Gefahr durch Radikalisierungsprozesse im Strafvollzug in Deutschland systematisch untersucht und an zentraler Stelle ausgewertet werden und
- Informations- und Sensibilisierungsprogramme für Multiplikatoren und Fachkräfte u.a. aus den Bereichen Polizei, Justiz, Schule und Bildung, Sozialarbeit, Jugendhilfe und Flüchtlingshilfe ausgebaut werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin